

24.12.2008

Es wird einem Angst und Bange

BETRIFFT: Soziales

„Heute ist ein guter Tag für alle Arbeitslosen in Deutschland“, so tönte der ehemalige VW-Personalvorstand Peter Hartz damals bei der Vorstellung der Hartz-Gesetze die, laut Kanzler Schröder (SPD, das muss man an dieser Stelle betonen), eins zu eins umgesetzt werden sollten. Dies ist ja nun mittlerweile auch geschehen, aber irgendwie anders, als es die Beteiligten verkauften und weitaus schlimmer, als es sich die Betroffenen damals vorstellen konnten.

Peter Hartz wurde inzwischen mit Schimpf und Schande aus dem Amt gejagt, entging nur äußerst knapp einer mehrjährigen Haftstrafe und bleibt uns so als vorbestrafter Krimineller vor allen Dingen durch die Benennung der schlimmsten sozialpolitischen Katastrophe der Nachkriegszeit im Gedächtnis: Hartz IV. Alles, was dann im Nachgang geschah, waren durchweg Rohrkrepierer, viel heiße Luft und simpler Etikettenschwindel, den sich nicht einmal der Inhaber einer Frittenbude hätte leisten können: Job-Aktiv-Gesetz, Beratungsgutscheine, Umbenennung der Arbeitsämter in Agenturen für Arbeit sowie die unsäglichen 1-Euro-Jobs, durch die durch die Hintertür eine moderne Form der Zwangsarbeit wieder eingeführt wurde und durch die zigtausende regulärer Arbeitsplätze vernichtet werden. Wobei – erstaunlich – ausgerechnet aus Kreisen der deutschen Industrie in diesen Tagen die Rufe lauter werden, dieses „Instrument“ wieder abzuschaffen, da man mit solcherart motivierter Arbeitskräfte dann eben doch nicht vernünftig wirtschaften kann.

Und wer sich einmal der Mühe unterzogen hat, sich eine der so genannten „Wiedereingliederungsvereinbarungen“ zwischen dem ebenfalls so genannten „Grafschafter Comeback“ (diesen Namen bitte auf der Zunge zergehen lassen, lieber Leser) genauer anzusehen, der kann sich durchaus des Eindrucks nicht erwehren, als würde hier neben der staatlich sanktionierten Zwangsarbeit auch noch mal eben die feudale Leibeigenschaft wieder eingeführt. Erschwerend kommt hierbei hinzu, dass sich die gute alte Tante SPD (Wenn Onkel Herbert das wüsste!) und die Gewerkschaften von diesen ihren Wählern und Noch-Mitgliedern längst verabschiedet haben und diese nicht einmal mehr in gefälligen Sonn- und Feiertagsreden vorkommen.

Wenn das Solidaritätsprinzip schon auf der Ebene der selbsternannten Fürsprecher der sozial Schwächeren und Benachteiligten nicht mehr greift, wie sollte es denn dann bitte auf gesamtgesellschaftlicher Ebene der Fall sein?

So redet kaum jemand davon, wie sehr die Inflation den ALG-II-Beziehern immer mehr zu schaffen macht, niemand spricht davon, dass durch die Aktualisierung der Hartz-IV-Software bei den Kommunen ausgerechnet im Monat Dezember viele ALG-II-Empfänger verspätet ihre Auszahlungen erhalten werden oder davon, dass es für den betroffenen Personenkreis auch in diesem Jahr keine Weihnachtsbeihilfe geben wird, da die Leute, die hierauf nicht angewiesen sind, urteilen, dass man vom ALG-II-Regelsatz ja so schön „angemessen“ leben kann, oder davon, dass die Betroffenen rechtlich verpflichtet sind, „die Einnahmen aus der Rückgabe eingesammelter Pfandflaschen“ dem Amt zu erstatten.

Nimmt man nun all dies zusammen, so kann man nur zu dem Schluss kommen, dass durch die

Sozialgesetzgebung der BRD in den letzten Jahren eine Situation hervorgerufen wurde, die einem um die perspektivische Entwicklung dieses Landes, auch und gerade in Hinsicht auf den sozialen Frieden, nur Angst und Bange werden lässt. Die Jesus zugesprochene Antwort auf die Frage des Petrus „Quo vadis, Domine?“ trägt in diesem Zusammenhang auch nicht gerade zu Trost und Hoffnung bei.

Andreas Mersmann Am Strampel 14 Nordhorn